

Um sich selbst auf die Spur zu kommen, sind Wegweiser nützlich. Wir finden sie am Rand oder inmitten unserer Lebensgeschichte als Teil der Menschheitsgeschichte, Sektion deutsche Geschichte. „Alle ächte Menschenkenntnis ist historisch“, dozierte Goethes Zeitgenosse Wieland. Beide Klassiker ordneten den weiten Faltenwurf der Geschichte mit den Schmuckspangen deutscher Geisteskultur. Lichtvoll begegnet sie uns 2005 im Schiller-Einstein-Jahr.

Politisch bilden Gedenkjahre Kontrollschächte der Erinnerung an jene Strömungsenergien, die die Welt gestalteten sowie verunstalteten. Im Rückblick darauf zeigt sich, womit wir hätten rechnen müssen. Dies offenbart sich besonders in der Ordnungszahl Fünf zwischen den Dezennien des „Jahrhunderts der Deutschen“ (Eberhard Jäckel). Die Markscheiden und Charaden des Politischen erweisen sich dabei als zumeist gleitende Zäsuren, wie unser Einstiegsjahr 1905 belegt.

In diesem Jahr überbordeten bereits die Sprengstoffe der Modernisierungskrise, auf die genau zehn Jahre zuvor der Historiker Hans Delbrück hingewiesen hatte. „Wir wollen keinen sozialistischen Staat, sondern wollen die Freiheit des Individuums mit der ganzen Entfaltung seiner Fähigkeiten nach Möglichkeit fördern und erhalten. Aber wir erkennen an, dass die rein individualistische – kapitalistische Wirtschaftsordnung große Übelstände mit sich bringt. Indem jeder Einzelne und jede Klasse ihrer Natur nach ihr wirtschaftliches Interesse aufs Äußerste ver-

folgt, entsteht ein Klassengegensatz, der sich in heftigen Kämpfen entlädt. Es ist die Aufgabe des Staates, hier regulierend, mildernd, organisierend einzugreifen.“

Doch eine emanzipatorische Umschichtung der Machtteilhabe verstockte im Widerstreit von Monarchie und Volkssouveränität, wobei die Staatskunst zunehmend dem Kriegshandwerk verfiel. Reichskanzler von Bülow (1900 bis 1909) trug die Weisheit ins neue Jahrhundert: „Nur eine erfolgreiche Außenpolitik kann helfen, versöhnen, beruhigen, einigen.“ Aber gerade diese Suche nach imperialen Triumphen setzte dem Reich die Grenzen.

Obgleich es seit 1884 mit dem Erwerb von 2952000 Quadratkilometern zur drittgrößten Kolonialmacht nach England und Frankreich aufgestiegen war, blieb Deutschlands Lage prekär. Die ozeanischen Verbindungswege zwischen Reich und den neuen Territorien standen zur Disposition der britischen Flotten. Selbst an der nahen Peripherie Europas gab es nichts zu holen. Test dafür war die Marokko-Krise 1905. Die Reise Kaiser Wilhelms nach Tanger sicherte dort keineswegs deutsche Ambitionen. Die französisch-englisch-russische Front gegen Deutschland bewirkte eine schwere diplomatische Niederlage. Immer ruheloser wurde die Reichsführung ob der Erkenntnis, dass man für eine Hegemonie Europas zu schwach, andererseits zu groß und zu ehrgeizig für eine Macht nur zweiten Ranges war. Die außenpolitischen Fehlschläge heizten dazu die ökonomischen und sozialen Gegensätze in der

Innenpolitik mächtig an. „So ist es diese Situation der Aussichtslosigkeit, die zugleich unser ganzes übriges politisches, gesellschaftliches und kulturelles Leben in Mitleidenschaft zieht“ (Friedrich Naumann). Die Druckwelle gefühlter Ein- wie Auskreisung verschärfte die außen- wie innenpolitischen Reibungsflächen. So, wenn Gustav Stresemann, der spätere „Europäer“, 1907 in hochdramatischer Rede beziehungsreich darauf anspielte, „dass in Deutschland Jahr für Jahr ein Überschuss von beinahe einer Million Menschen heranwächst“.

1915 – Los gegen Deutschland

Eine friedliche Hinnahme deutschen Aufstiegs wurde nach Bülow's Scheitern von seinem Nachfolger Bethmann Hollweg noch weniger erwartet: „Dafür sind wir zu stark, zu sehr Parvenü und überhaupt zu eklig.“ Eine eigentümliche deutsche Fehlsteuerung diplomatischer Aktionen bis zum Kriegsbeginn 1914 traktierte das Unterbewusstsein der Führungselite. Ihr blieb das Fluidum eigen, dass Deutschland bei allem Trachten nach Ausgleich den Frieden nicht so recht nötig zu haben schien (Haldane-Mission 1912).

Als dann Bethmann Hollweg aus einer möglichen Niederlage Österreichs ableitete, dass das Reich ohne Bundesgenossen künftig nur noch als Vasall Russlands fortleben könne, wich bisherige Risikopolitik dem Vabanquespiel. „Der brutalen Tatsache musste man ins Gesicht sehen, dass kein großer Menschheitsgedanke die Politik der Kabinette bestimmte, dass vielmehr die Staatskunst nichts anderes vermochte oder nichts anderes wollte, als die Verwirklichung ihrer Aspirationen von dem Glück der Waffen abhängig zu machen (Bethmann Hollweg)“.

1915 fiel das Los gegen Deutschland. Siegreiche Schlachten im Osten konnten nicht die Tatsache aufwiegen, dass sich der Angriffs- und Bewegungskrieg im Westen zum Stellungskrieg wandelte.

Mit dem Kriegseintritt der USA blutete Deutschlands Kampfkraft aus.

1925 – Der Locarno-Vertrag

Zehn Jahre später lichtete sich mit dem Locarno-Vertrag vom Oktober 1925 die blinde Politik antideutscher Sicherheitsobsessionen. Das Reich verzichtete auf Elsass-Lothringen. Frankreichs Willkürpolitik endete in der Pariser Anerkennung der Unverletzlichkeit der Grenzen. Der Bann gegen Deutschland lockerte sich weiter mit dessen Aufnahme in den Völkerbund und dem deutsch-russischen Freundschaftsvertrag von 1926. Der Beitritt Deutschlands zum Kriegsächtungspakt, den 1928 der US-Staatssekretär Kellogg angeregt hatte, verringerte Deutschlands Makel weiter. Sein Ansehen war mit der Verleihung des Nobelpreises für die friedliche Ordnung der internationalen Beziehungen an Aristide Briand und Gustav Stresemann (1926) gestiegen.

Doch bei äußerer Entspannung verschärfte sich in der Weimarer Republik der Zwist zwischen den deutschen Parteien, Monarchisten und Republikanern, Links- und Rechtsradikalen. (Fritz Stern mutmaßt, dass 1926 der Konservatismus Adenauers, der kurz als Reichskanzler im Gespräch war, die jungen demokratischen Institutionen gestärkt hätte.) Das Staatswohl erodierte in Gruppeninteressen. Am Ende war Stresemann's Vorhaben gescheitert: „Ich wollte Brücke sein zwischen dem alten und dem neuen Deutschland.“

Hitler's Verheißung eines dritten Weges aus Nationalismus und Sozialismus keimte ab 1930 hervor aus den Schrunden geistiger und materieller Verelendung. Das Nein zur Weimarer Lebenswirklichkeit wurde zum Ja für Hitler; zwar vorbehaltlich, aber auch längs durch alle Schichten drängend.

1935 – Durchbruch der Diktatur

1935 gelingt dem Diktator der Durchbruch zur internationalen Anerkennung.

Weniger aufgrund eigenen Vermögens als infolge des europäischen Schlamasells, in das Mussolini Europa stürzt. Der Duce, bis dahin aktiver Teilnehmer an einer antideutschen Riegelpolitik und verärgert über Hitlers Plagiatfaschismus, startet im Oktober 1935 mit seinem Angriff auf das Völkerbundsmitglied Äthiopien den größten Kolonialkrieg der Geschichte. Damit wird Italien zum Konkurrenten Großbritanniens im Mittelmeer (*mare nostrum*). Deutschlands Aktienkurs steigt steil in Rom und London an. Mit einer Offensivpolitik gegen Berlin würde man Hitler an die Seite Mussolinis drängen. Dieser selbst braucht eine Rückversicherung seiner mediterranen Ambitionen. Berlin empfängt aus Rom die wenngleich verklausulierten Signale einer Freigabe Österreichs zu Gunsten des Reiches („Anschluss“), falls es sich wohlwollend neutral im Äthiopienkonflikt verhält. Um die Westmächte vom Mittelmeer abzulenken, ermuntert Rom den deutschen Diktator sogar zu einer Aktion am Rhein, das heißt zum Bruch des Locarno-Vertrages. Als Hitler am 7. März 1936 die entmilitarisierte Zone vor Frankreichs Ostgrenze, wenngleich nur symbolisch und damit für England tolerabel, mit Truppen belegt, müssen Paris und London wählen: Ist die Garantie des Locarno-Vertrages bedeutsam genug für das Kriegsrisiko am Rhein, während Mussolini von dieser Kräftebindung seiner Konkurrenten im Mittelmeer profitiert? Kann andererseits Italien als Garant des Locarno-Vertrages scharf gegen das Reich vorgehen, da es doch dieses zur Entlastung und womöglich als Bundesgenossen notfalls braucht? Angesichts eines eventuell notwendigen Engagements an mehreren Fronten gleichzeitig (Japan steht auf dem Sprung nach Singapur), entschließt sich England, nicht zuletzt wegen unzureichender Rüstung und der Kriegsunwilligkeit seiner Bevölkerung, zur Politik des Appeasements.

Das neue Ränkespiel zwischen London, Paris, Rom und Berlin testet die wechselseitige Vorteilssuche als *peso determinante* (Zünglein an der Waage). Während Hitler die Weltkrise zur grandiosen Selbstverharmlosung nutzt, indem er fortwährend seine Friedensliebe beteuert, macht er dem Duce Avancen. Gleichzeitig wird insgeheim Äthiopien mit deutschen Waffengeschenken zum Durchhalten animiert. Das Duell im Mittelmeer stellt 1935/1936 bereits die Machtgruppen gegeneinander, die 1939/1940 in den Zweiten Weltkrieg eintreten.

1945 – Das Kriegsende

Das Kriegsende 1945 hat soeben Walter Kempowski in seinem *Echolot '45* illustriert. Es dokumentiert „den Schlund des Trichters der Verdammnis, auf den alles zudringt“ (Walter Kempowski). Dieser Trichter ist keine Kopie des Trichters der Verdammnis wie in Dantes Höllenfahrt, sondern von einzigartig neuer Dämonie. Sie trennt nicht mehr Erlösung und Verderben. „Gerettet“ und „Gerichtet“ schieben sich ineinander und erzeugen damit eine Überspannung, die Geist, Moral, Politik und die Einheit der Persönlichkeit vor uns zerreißt. Auch wer davonkommt, bleibt gefangen – gefesselt in die Meridiane tiefster Verstörung, amputierten Bewusstseins und gedemütigten Restwertes für einen neuen Anfang.

Diesen Anfang ermöglichte ein Motivgebilde aus der Einbeziehung Westdeutschlands in die atlantische Kampffront gegen Stalin; aus der Einsicht, dass ein Volk von siebzig Millionen in der Mitte Europas nicht zum Machtvakuum auf Dauer werden darf; aus der Folgerung, dass dieses Volk sich wieder selbst ernähren muss und entsprechend eine Anschubhilfe (Marshallplan) notwendig ist bei Ausklammerung jeglicher Rüstungsindustrie.

Die Deutschen selbst tun ein Übriges, indem sie in einem Arbeits- und Aufbau-

taumel, der sich mit exzessivem Überlebensgenuss verbindet, das Positive mit den Händen schaffen, was ihr Nachdenken über einen sittlichen Neubeginn traumatisiert.

Eine demokratische Elite rekrutiert sich zur Kooperation mit den Alliierten aus Weimarer Parlamentariern, Gegnern des NS-Regimes, Remigranten des Geisteslebens und Wirtschaftsfachleuten, die seit 1943 am Modell der später so genannten Marktwirtschaft Ludwig Erhards mitarbeiten. Und es mit der Währungsreform 1948 umsetzen. Hinter dem Eisernen Vorhang etabliert sich unterdessen die DDR als „stalinistisches Unterdrückungssystem“ (Wolfgang Leonhard).

1955 – Souveränität und NATO-Beitritt

Zehn Jahre später, das heißt 1955, hat die 1949 gegründete Bundesrepublik die Feuertaufe bestanden: Die Neonazi-Partei SRP ist verboten, ein Wiedergutmachungsvertrag mit Israel wird abgeschlossen. Die Ablehnung der Stalin-Note vom März 1952 bestätigt Bonns Verzicht auf eine Pendelpolitik oder deutsche Eigenwege. Adenauer akzeptiert die Strategie des Westens: Sicherheit *für* Deutschland als Sicherheit *vor* Deutschland! Beleg dafür sind die Rückgewähr der Souveränität an Westdeutschland und im Gegenzug sein NATO-Beitritt im Mai 1955.

Ökonomisch glückt Ludwig Erhards Maxime: „Ich glaube, dass der Weg, auf den wir gekommen sind – die Barrieren zwischen den Staaten mehr und mehr niederzulegen und einen verlogenen Nationalismus zu überwinden, den Entartungen des Protektionismus und des Egoismus entgegenzuwirken –, unser Ziel sein muss.“

Rahmenbedingung dafür bildet der freiheitliche Rechtsstaat, der in Abkehr von einstiger deutscher Machtobsession nun von der „Freiheit des Menschen und der Mäßigung der Staatsgewalt ausgeht“

(Ulrich Scheuner). Neues Lebensglück beschert der Gewinn der Fußballweltmeisterschaft in Bern 1954.

Vorbei war bald die Phase, in der die Bundesrepublik „einem stattlichen Baum mit flachen Wurzeln glich, der von einem plötzlichen starken Windstoß umgeworfen werden kann“ (Henry A. Kissinger).

1965 – Innen- und außenpolitischer Wandel

Blickt man von 1965 auf die zehn Jahre zuvor zurück, so lassen sie sich in einem Zitat de Gaulles abbilden: „Mit seiner Politik hat Adenauer für Deutschland alles an Vorteilen herausgeschlagen, was man sich nur vorstellen kann. Zuerst hat er Deutschland wieder Respektabilität verschafft, bei uns in Frankreich und weltweit. Er hat es in die NATO aufnehmen lassen. Er hat erreicht, dass man Deutschland seine Kohle und seinen Stahl zurückgegeben hat. Er hat erreicht, dass man ihm eine Armee gegeben hat. Er konnte die Römischen Verträge erlangen. Er hat alles kassiert, was er nur konnte. [...] Allerdings, er kannte seine Grenzen.“ Diese Grenzen wurden ihm vor allem von Moskau und Ostberlin, aber auch von Washington aufgezeigt, wie die Reaktion des Westens auf den Mauerbau im August 1961 deutlich machte. Die USA wollten ihre Weltpolitik nicht mehr weiter durch das Nadelöhr der Berlin-Frage gezogen sehen. Kuba-Krise und Indochina verlagerten Washingtons Interessenschwerpunkt zunehmend weg aus Europa. Hier erzwang der Besitz nuklearer Interkontinentalraketen stärker denn je eine antagonistische Kooperation der Supermächte. Für Adenauer bedeutete dies, deutsche Interessen künftig eigenständiger zu verfolgen. In der Deutschlandpolitik suchte der Kanzler nach neuer Mobilität. Die Österreich-Lösung für die DDR, der Burgfriedensplan, den Adenauer seit 1961 insgeheim ventilierte, gingen von der stillschweigenden

Anerkennung der DDR unter der Voraussetzung aus, dass es den Menschen dort besser ergehe. Den „Wandel durch Annäherung“, Egon Bahrs großes Schlagwort, hatte Adenauer, wenngleich zu zögerlich, bei russischen Diplomaten auf den Weg gebracht.

Das Dezennium 1965 bis 1975 bildet eine Epoche des außen- und innenpolitischen Wandels mit zum Teil verdeckten Frakturen. Man spricht von der engeren Phase zwischen 1963 und 1969 als „Politik der Bewegung“, die sich zur Neuen Ostpolitik formiert. Mit den Verträgen von Moskau, Warschau, Ostberlin und Prag werden Grenzanerkennung und Gewaltverzicht zur Handlungsgrundlage in Europa. Der Prozess von Helsinki gipfelt 1975 im Vertrag über industrielle Kooperation, institutionelle Zusammenarbeit und mehr Freizügigkeit für die Menschen im Ostblock.

Dieses jahrelange Ringen um einen *modus vivendi* der Konfliktdeeskalation in Europa wird erschwert durch die Druckwellen des Vietnamkrieges. Er verstärkt einen Rüstungswettlauf mit Atom-U-Booten, die unter dem Polareis patrouillieren, mit verbunkerten Interkontinentalraketen und Atombombern, die ständig in den Grenzterritorien zwischen USA und UdSSR in der Luft operieren. In einem UN-Untersuchungsbericht wird die gesamte verfügbare Vernichtungskraft auf der Welt umgerechnet auf 3,2 Tonnen TNT pro Erdbewohner.

Die Verantwortung für den Erhalt des Blauen Planeten erzwingt hochgerüsteten Spannungsabbau, der auch Rückschläge verkraften muss wie die sowjetische Besetzung Prags 1968. In Bonn sieht man zur Strategie vertrauensbildender Maßnahmen keine Alternative. Die Politik der kleinen Schritte beweist ihre Lauterkeit in Willy Brandts Kniefall in Warschau vor dem Ghetto-Denkmal. Eher unauffällige Einbruchstellen in den ideologischen Frontenverlauf verstärken

sich rapide im Aggressionsprofil der 68er Revolte.

Eine neue politische Generation, mit Willy Brandt als Galionsfigur, reibt sich an der Generation des Wiederaufbaus mit dem Vorwurf verdrängter Schuld. Der Eichmann-Prozess in Jerusalem, die Auschwitzprozesse in Frankfurt, Brandts knirschende Bündnistreue zu den in Vietnam blutigst verwickelten USA, die aus Stasi-Dossiers linken Blättern in der Bundesrepublik zugespielten Beweise über NS-Mitgliedschaften und Verfehlungen Globkes, Kiesingers, Carstens, Lübkes, ferner Korruptionsvorwürfe vor allem gegen Strauß, heftige Konjunkturabschwünge auf dem Arbeitsmarkt schaffen in der Jugend Distanzen zur Epoche der angeblichen „Restauration“. Sie werden aufmunitioniert durch eine Renaissance des Marxismus/Leninismus für den Kampf gegen Imperialisten, Faschisten, Kapitalisten zugunsten des Proletariates der Dritten Welt und ihrer säkularisierten Befreiungstheologien. In Deutschland selbst wird die Totalitarismustheorie als Trennelement für Demokratie und Diktatur ins Museum verfügt. Nicht wenige Experten der politischen Bildung sprechen vom Modell DDR, vernebeln deren Diktatur als konsultativen Autoritarismus. Von links dröhnt ein „Nie wieder Deutschland“, untermischt mit anti-autoritärer Popkultur. Doch finden die Aufstandsappelle vom akademischen Campus aus keinen Widerhall im Volk. Die Revolution bleibt aus. Ohne Massenbasis autorisiert sich eine militante Elite zur Gewalt gegen Sachen und dann gegen Menschen, als Rudi Dutschke niedergeschossen und Martin Luther King ermordet werden. Eine intellektuelle Emotionalität fanatisiert sich zum terroristischen Kampf gegen die so genannte strukturelle Gewalt des Herrschaftssystems. Was 1968 mit dem Frankfurter Kaufhausbrand unter Beteiligung von Gudrun Ensslin und Andreas Baader beginnt, liest sich als

Blutspur der RAF durch „bleierne Jahre“ (Uwe Backes) bis hin zur Ermordung von Detlev Karsten Rohwedder 1990.

1975 – Anschlag auf den Rechtsstaat

Das Jahr 1975 wird als Anschlag auf den Rechtsstaat registriert, weil die Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz die Freipressung inhaftierter Terroristen zur Folge hat. Der Prozess in Stuttgart-Stammheim gegen Topterroristen setzt den Rechtsfrieden der Republik unter Dauerspannung. Kanzler Helmut Schmidt gibt keiner Erpressung mehr nach. Die Erstürmung der „Landshut“ in Mogadischu durch die GSG 9 beweist die Handlungsfähigkeit des Staates.

Der romantische Rückfall in soziale Rebellion, Friedenspädagogik, zivilen Ungehorsam und Protestkampagnen gegen Rüstungsspiralen wird geschrotet durch die Dreschflegel der Realität. Der „Ölschock“ von 1973 ernüchert. Der Ost-West-Konflikt bekommt mit der Frage der Energieversorgung eine neue Dynamik. Öl wird zur großen Waffe der Politik. Die Watergate-Affäre, aber auch das Treffen im Weltraum von Sojus 19 und Apollo 18 raten zu mehr Selbstständigkeit in der deutschen Interessenwahrnehmung. Inbegriff dieser Politik der Stärke und Flexibilität wird Helmut Schmidt, der Willy Brandt als Kanzler nach der Guillaume-Affäre 1974 ablöst. Abgelöst wird zugleich eine Politik sozialliberaler Träumerei in der Deutschlandpolitik. Denn die DDR nimmt alle wirtschaftlichen Vorteile wahr, schottet sich zugleich aber gegen den Westen ab. Selbst Freiheit ist für sie Ware. Am Ende wird die Bundesrepublik für Gefangenenfreikauf 3,4 Milliarden D-Mark an Ostberlin gezahlt haben.

Auf Schmidts Agenda steht 1977 der Terror mit dem Höhepunkt der Entführung und Tötung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer. Vorher waren Generalbundesanwalt Siegfried Buback und der Chef der Dresdner Bank Jür-

gen Ponto ermordet worden. Die öffentliche Vermutung, dass die Terroristen in der DDR Stützpunkte hätten, ist tabu. Erst nach der Einheit 1990 werden die *special connections* via Flughafen Schönefeld aufgedeckt. Für zahlreiche Terroristen war Ostberlin das Drehkreuz für antiwestliche Subversion. Etwa zehn Terroristen erhielten in der DDR eine neue Legende.

Ab 1979 wird für Schmidt der Kampf um den NATO-Doppelbeschluss zur Schicksalsfrage. Die Stationierung moderner Kurz- und Mittelstreckenraketen in Polen und der DDR will Schmidt mit Gegenmaßnahmen vom Westen beantwortet wissen. Freunden und Gegnern gegenüber beharrt Schmidt darauf, dass es in Mittel- und Westeuropa keine Zonen unterschiedlicher Sicherheitsqualitäten geben darf. Gegen die Nachrüstung protestieren Hunderttausende auf den Straßen und in Unterschriftskampagnen. Die Aktivitäten der Kernkraftgegner finden 1981 ihren Höhepunkt in Brokdorf, wo 90 000 Demonstranten mit Sicherheitskräften zusammenprallen.

Zwischen 1979 und 1982 verfolgt Schmidt eine Staatsräson, für die ihm der Unterbau in Partei, Gewerkschaften, linken akademischen und kirchlichen Milieus wegrutscht. Der Koalitionspartner wendet sich der Wirtschaftspolitik wegen zur CDU. Ein konstruktives Misstrauensvotum beendet im Oktober 1982 die sozialliberale Koalition. Helmut Kohl tritt an, der als Kanzler der Einheit in die Geschichte eingehen wird.

1985 – Beginnender Aufbruch im Osten

Doch 1985 befindet sich diese Weltsensation noch weit hinter dem Horizont des Möglichen. Lange bleibt das Signal unerkannt, das Gorbatschows Berufung zum Generalsekretär der KPdSU über Europa setzt. Während sich 1987 mit der Propagierung von Glasnost und Perestroika ein tiefer Umbau des Sozialismus ankün-

dig, reagiert die DDR darauf mit aggressivem Trotz. Ihre Existenz erscheint umso weniger vom Westen infrage gestellt, als sie im Juni 1983 einen Milliardenkredit aus der BRD erhält und 1987 Erich Honecker in Bonn mit allen protokollarischen Ehren eines Staatsoberhauptes empfangen wird. Dabei betont Kohl in seiner Tischrede, die Impulse zur Einheit seien wach zu halten, was Honecker mit sphinxhafter Miene quittiert.

Aber vom Westen erfolgten keine entsprechenden Initiativen der Annäherung. Sie kamen aus der DDR selbst, begünstigt durch die politische Klimaerwärmung im Ostblock.

Kohl als Kanzler der Einheit reklamierte nicht für sich, was ihm nicht zukam. Am 3. Oktober 1990 erklärte er: „Dass dieser Tag schon jetzt kommt, ist besonders jenen Deutschen zu verdanken, die mit der Kraft ihrer Freiheitsliebe die SED-Diktatur überwand. Ihre Friedfertigkeit und ihre Besonnenheit bleiben beispielhaft.“

Doch schon bald bekam das Glück der Einheit blaue Flecke. Die DDR traf im Westen auf ein einig Volk der Verlegenheiten, dem die Begriffe Vaterland, Patriotismus, Heimat verloren gingen an EU und Multikulturalität, an die falsche Utopie ethnischer Integration. „Denn nur wer weiß, wie er ist und woher er kommt, kann in der Welt zu Hause sein“ (Daniel Goedevert). Schon bald fühlten sich die Deutschen der Ex-DDR stärker als Jetons der *global players* als die im Westen.

1995, 2005 – Bedrückende Bilanzen

1995 bis 2005 sind Jahre bedrückender Bilanzen. Zwar konnte Helmut Kohl er-

neut die Wahl gewinnen, doch die gesellschaftlichen Kräfte drifteten krisenängstlich auseinander. Staatsverschuldung, Abbau des Sozialstaates, Massenarbeitslosigkeit, der Abschub der Unternehmer-Verantwortung für ordnungspolitische Stabilität zugunsten höherer Profite und zu Lasten der Arbeitslosen nahmen zu. Obgleich Bildung Deutschlands einziger Rohstoff ist, rutschte die Republik unter der rot-grünen Koalition immer mehr ab (PISA). Elitendiffamierung, Spaßgesellschaft, kommunikative Verwahrlosung deformierten das human Selbstverständliche. Politiker scheinen heute ihr Verbleiben im Amt zu sichern durch eine auf Bürgerbeschwichtigung abzielende Schuldenmaschine. Die Visa-Affäre ist ein weiteres Indiz für die Auflösung deutscher Staatsräson.

Vor hundert Jahren suchte man Konfliktenenergien in eine imperiale Außenpolitik abzuleiten. Konditionieren diese sich heute zum Bürgerkrieg? Jedenfalls ist die gegenwärtige Regierung von eigentümlicher Unbekümmertheit gegenüber der Staatsvernunft. Diese Politik lasziver Friedsamkeit lenkt 2005 unsere Betrachtung auf 1905 zurück, zum Epochenjahr mutwilliger Hingabe Deutschlands an das Schicksalsmächtige, an den Ersatz der Politik durch Illusionen. „Auch die Gedanken sind Fakten, und als solche beurteilt sie die Erfahrung“ (Vilfredo Pareto). Diese stellt unsere Geschichte der letzten einhundert Jahre heute in eine Freiheit, der wir nicht entkommen werden. Umso weniger, als die Verletzung ihrer Würde wächst.

Selektives Erinnern an die Verbrechen des NS-Regimes

„Um mit einem solchen Trauma überhaupt weiterleben zu können – was offenbar vielen damals Überlebenden von Primo Levi bis zu Jean Améry unmöglich war –, bedarf das ‚Ich‘ der Abwehrmechanismen, der Rationalisierungen, auch des Vergessens: Die Erinnerung des Schrecklichen musste aus solchen Gründen selektiv werden.“

Horst Möller am 26. Januar 2005 im Vortrag bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin.